

Antrag

Initiator*innen: Julius Timmermann

Titel: Universität für die Gesellschaft: Ehrenamt an
der Universität Würzburg stärken

Antragstext

1 Zahlreiche Studierende und Kolleg*innen der Julius-Maximilians-Universität
2 engagieren sich ehrenamtlich in Hochschulpolitik, zivilgesellschaftlichen
3 Initiativen und Vereinen. Sie stärken mit ihrem Einsatz die Würzburger
4 Stadtgesellschaft und leisten einen wichtigen Dienst für die Gemeinschaft.
5 Hierfür gilt Ihnen Lob und Anerkennung.

6 Dennoch gibt es insbesondere Ehrenämter, die für die unmittelbare und
7 verzugslose Hilfe in Unglücks- und Krisensituationen unverzichtbar sind. Das
8 Studierendenparlament begrüßt deshalb insbesondere das freiwillige Engagement
9 von Mitgliedern der Universitätsgemeinschaft in ehrenamtlichen Organisationen
10 des Zivil- und Katastrophenschutzes.

11 Da sowohl in der Grundordnung, als auch in der Allgemeinen Studien- und
12 Prüfungsordnung (ASPO) keine Berücksichtigung von strukturtragenden Ehrenämtern
13 stattfindet, sind Studierende unter anderem bei längeren Fort- und
14 Weiterbildungsmaßnahmen darauf angewiesen, dass ihr Fehlen in
15 Lehrveranstaltungen von den Prüfer*innen und dem Prüfungsausschuss als
16 „Entschuldigt“ zählen gelassen wird. Auch bei Dienstrufen (z.B. Feuerwehr und
17 Rettungsdienst) gibt es - im Gegensatz zu einzelnen landesrechtlichen Vorgaben -
18 keine Verpflichtung von universitärer Seite aus, den spontanen Austritt aus
19 Lehrveranstaltungen nicht negativ anzurechnen. Das führt bei ehrenamtlich
20 aktiven Studierenden dazu, dass sie teilweise nicht an Weiterbildungen
21 teilnehmen und Unsicherheit über die prüfungsrechtliche Frage wegen des Fehlens
22 entstehen.

23 Das Studierendenparlament beauftragt den Studentischen Sprecher*innenrat damit,
24 sich gegenüber der Universität dafür einzusetzen, dass in der Allgemeinen
25 Studien- und Prüfungsordnung (ASPO) festgehalten wird

- 26 • dass studentische Mitglieder von Feuerwehren und Hilfsorganisationen, die
27 im Zivil- oder Katastrophenschutz beteiligt sind, unterschiedslos für
28 sämtliche - auch alltägliche - lokale, regionale und überregionale
29 Einsätze sowie akute Hilfeleistung als kurzfristig freigestellt gelten,
30 ohne Nachteile für ihr Studium zu erfahren;
- 31 • dass studentische Reservist*innen der Bundeswehr und ehrenamtliche Aktive
32 in strukturelevanten Organisationen unterschiedslos für Aus-,
33 Weiterbildungs- und Übungsmaßnahmen als kurzfristig freigestellt gelten,
34 ohne Nachteile für ihr Studium zu erfahren.

35 Weiterhin beauftragt das Studierendenparlament den studentischen
36 Sprecher*innenrat damit sich dafür einsetzen, dass eine universitäre
37 Kontaktstelle für ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz für
38 betroffene Studierende etabliert werden und, dass auf der neuen Website der
39 Universität über die Relevanz und Sonderstellung von Ehrenamt informiert wird,
40 sodass die Informationen für prüfungsrelevante Fragen niederschwellig verfügbar
41 sind.

42
43
44 Im Falle einer Umsetzung soll sich der studentische Sprecher*innenrat dafür
45 einsetzen, dass die Dekan*innen der Fakultäten dazu angehalten werden, ihre
46 Prüfungsausschüsse über diese Neuerung zu informieren. Die Fachschaften mögen
47 ihren studentischen Mitgliedern in den Prüfungsausschüssen nahe legen, die
48 Einhaltung dieses Beschlusses zu prüfen.

Antrag

Initiator*innen: Julian Müller

Titel: Aufenthaltsqualität auf Freiflächen am
Unigebäude Wittelsbacher Platz verbessern

Antragstext

1 Das Studierendenparlament beschließt, eine Aufwertung der bereits entsiegelten
2 Innenhoffläche des Universitätsgebäudes am Wittelsbacher Platz ausdrücklich zu
3 unterstützen.

4 Der studentische Sprecher*innenrat, die studentischen Vertreter*innen in der
5 zentralen Kommission für Nachhaltigkeit und das Referat Ökologie der
6 Studierendenvertretung werden beauftragt, sich für die zeitnahe Ermöglichung der
7 ökologischen und sozialen Weiterentwicklung der Fläche einzusetzen.

8 Das Studierendenparlament bekräftigt damit den studentischen Wunsch nach einer
9 biodiversitätsfördernden Gestaltung universitärer Freiflächen - in diesem Fall
10 der Innenhof am Wittelsbacher Platz - mit naturnahen Strukturen,
11 Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Elementen des gemeinschaftlichen Gärtnerns und
12 fordert die zuständigen Stellen auf, die notwendigen Abstimmungen zur Umsetzung
13 voranzutreiben.

14 Insbesondere im Innenhof des dortigen Universitätsgebäudes werden bereits
15 entsiegelte Freiflächen regelmäßig gemäht und es existieren kaum nutzbare
16 Aufenthalts- oder Sitzmöglichkeiten bieten. Die Freiflächen können und sollten
17 ökologisch wie sozial aufgewertet werden, konkrete Wünsche sind dabei folgende:

- 18 • Schaffung biodiversitätsreicher Strukturen, beispielsweise durch die
19 Anlage von Staudenflächen, Sandarien, Totholzelementen
- 20 • die Installation von Sitzmöglichkeiten

- 21 • Urban-Gardening-Elemente wie Hochbeete und/oder Gestaltung nach Vorbild
22 des CampusGartens
- 23 Dauerhaft geschützten Habitats für naturschutzrechtlich relevante Arten werden
24 dabei bewusst vermieden.

Antrag

Initiator*innen: CampusLINKE (dort beschlossen am: 22.06.2026)

Titel: Für einen lebenswerten Campus

Antragstext

Das Studierendenparlament setzt sich für einen lebenswerten Campus ein. Deshalb spricht es sich deutlich für die folgenden Maßnahmen aus und beauftragt den Studentischen Sprecher*innerat sich gegenüber der Universität für die Umsetzung dieser einzusetzen:

1. Bei der Entwicklung des Campus soll priorisiert werden, dass Mitglieder der Universität sich dort gerne aufhalten und gut lernen können. Dazu gehören mehr Lern- und Begegnungsräume, leicht erreichbare Mensen, Cafeterien und Bibliotheken mit zentraler Lage sowie ansprechende Sitzgelegenheiten. Dabei sollen auch Belange der Barrierefreiheit, sowie der naturnahen Campusgestaltung mitgedacht werden.
2. An allen Universitätsstandorten sollen frei zugängliche Trinkwasserspender installiert werden. Damit soll ein Beitrag zur Maßnahme 10 "Wasser ein gesunder Durstlöscher" des Gesundheitsziel 03 des Masterplan Prävention Bayern geleistet werden.
3. Es sollen mindestens 1800 zusätzliche Lernarbeitsplätze geschaffen werden. Langfristig soll sich deren Zahl am Bedarf der Studierenden orientieren und nicht unter die Mindestempfehlung der DIN-Norm 67700 fallen. Die Arbeitsplätze sollen barrierefrei und klimatisiert sein und über Strom- und Internetzugang verfügen.
4. Bereits vorhandene Lernarbeitsplätze sollen, wo noch nicht geschehen, mit Strom- und Internetzugang versehen werden. Sofern die Nachrüstung mit Steckdosen nicht umsetzbar ist, sollen ersatzweise Schränke mit

ausleihbaren Powerbanks bereitgestellt werden.

Begründung

Saubere, kostenlose Trinkwasserversorgung, mehr zentrale, gut ausgestattete Arbeitsplätze und kurze Wege auf dem Campus sind einfache und wirksame Maßnahmen für besseres Lernen, ein stärkeres Miteinander und insgesamt gesündere Studienbedingungen. All das steigert die Attraktivität unserer Universität und stellt einen wichtigen Schritt zur Förderung sozialer Nachhaltigkeit dar.

Die Grundlage dieses Textes stellt der von der UL als unzulässig abgelehnte Studierendenentscheid "Bessere Infrastruktur: Mehr Lernarbeitsplätze und Wasserspender" dar.